

Das Geld der Anderen: Koalitions-Optionen nach der Bundestagswahl

Vor allem direkt nach Bundestagswahlen. Klar, es wäre für jede Partei besser gelaufen, wenn sie statt ihres jeweiligen Spitzenkandidaten einen Koala aufgestellt hätten. Kein CumEx, keine Hambi-Räumung, keine Plagiate, kein Wirecard, kein Lachen über Flutopfer, keine geschönten Lebensläufe. Jeder liebt Koalas. Womöglich wäre sogar eine Absolute Mehrheit möglich gewesen. Statt eines herzerwärmenden Beuteltiers haben wir aber nun mal Scholz, Laschet, Baerbock, Lindner, Weidel und Wissler bekommen. Und als Bonus ein Wahlergebnis, das eine schwierige Parteien-Allianz unabdingbar macht. Als ausgewiesene Expertin im Bereich Koalitionen und Finanzpolitik habe ich daher exklusiv alle denkbaren und nicht denkbaren Konstellationen für eine Regierungsbildung durchgespielt:

Koalition I: Grüne, AfD, Union

Unter Justizministerin Beatrix von Storch wird zunächst die Sonne verklagt, um den Klimawandel zu stoppen. Umweltministerin Luisa Neubauer ist außer sich. Finanzminister Habeck dagegen jubelt. Die gigantischen Kosten einer radikalen Energiewende können eventuell eingespart und für das Projekt „Lastenfahrräder für alle“ zurückgelegt werden. Nach einer unangemeldeten Kabinetts-Prüfung durch Korruptionsminister Rezo verbleiben allerdings nur noch wenige Abgeordnete mit weißer Weste, die seine Euphorie teilen könnten. Selbst Kanzler Laschet muss Zugeständnisse machen. Zähneknirschend stimmt er einer Co2-Steuer von 140 Euro je Liter Benzin zu und lässt sich anschließend aus Kostengründen selbst nur noch im Lastenfahrrad chauffieren. Christian Lindner, dessen Traum vom Finanzministerium jäh zerplatzt ist, tobt auf der Oppositionsbank: „Besser nirgendwo hinfahren, als schlecht

hinfahren!“ Carla Reemtsma reicht ihm eine Elektrozigarette. Beide sind sich überraschend symphytisch und gründen 82 StartUps, von denen zumindest eines in der Zukunft das Amazon der Co2-Beseitiger werden soll. Da reibt man sich bei den Jungliberalen verwundert die Augen: Innovation statt Verbote, das geht auch ohne Regierungsbeteiligung.

Koalition II: AfD, FDP, SPD

Verkehrsministerin Alice Weidel stützt die schwächelnde Automobilindustrie mit einem „Fridays for Fahrzwang“-Programm: Für jede Unterrichtsstunde, die aufgrund einer „Fridays for Future“-Demo verpasst wird, müssen die Eltern vier Tage lang sinnlos mit einem Dieselfahrzeug um den Block fahren und dabei mindestens 53 Tankfüllungen verbrennen. Christian Lindner bekommt davon nichts mit. Er hat gerade ein Fotoshooting für die neue Webseite des Finanzministeriums. Kanzler Olaf Scholz kann sich nicht erinnern, dieses Vorhaben im Koalitionsvertrag gesehen zu haben und wird von Kevin Kühnert, Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans im Keller eingesperrt. Anschließend enteignet das neue Umverteilungs-Ministerium von Kühnert das Verkehrsministerium und setzt Alice Weidel vor die Tür. Sie verlässt wutentbrannt und mit dem Fuß aufstampfend das Regierungsparkett. Die Staatsanwaltschaft Osnabrück ermittelt gegen Kühnert wegen Anstiftung zum Vandalismus im Bundestag. Der als „Rumpelstilzchen-Tag“ in die Geschichte eingehende Skandal bedeutet das Ende der Koalition.

Koalition III: GroKo

Scholz wird Kanzler, Laschet übernimmt Verantwortung und tritt ab. Vizekanzler Jens Spahn übernimmt das neu gegründete Immobilien-Ministerium und vermittelt Top-Anlageobjekte und günstige Kredite, um die Staatskassen aufzufüllen und die Konjunktur anzukurbeln. Lars Klingbeil und Paul Ziemiak teilen sich das Finanzministerium, zerstreiten sich aber noch innerhalb der ersten 100 Tage, weil Klingbeil dauernd zu „Late Night Berlin“ eingeladen wird, Ziemiak aber nie. Ziemiak zeigt

sich im Exklusiv-Interview mit Frauke Ludowig besorgt: „Ich habe es immer gesagt: Wer Scholz wählt, bekommt Sozialismus durch die Hintertür. Jetzt bestimmen die Sozen schon, wer im TV auftreten darf!“ Klingbeil und Klaas Heufer-Umlauf schenken ihm daraufhin den goldenen „Heul Leise“-Award. Die Koalition zerbricht.

Koalition IV: Grüne, FDP, CSU, AfD

Kanzlerin Baerbock startet eine Klima-Offensive. Allerdings nur so lange, bis Finanzminister Lindner und Energieminister Alexander Gauland hinter ihrem Rücken den Bau von 184 neuen Atomkraftwerken in Baden-Württemberg beschließen und dafür Stuttgart enteignen. Der von Cem Özdemir klar gewonnene Wahlbezirk ist beiden schon lange ein Dorn im Auge und das leidige Thema „Stuttgart 21“ ist damit ebenfalls gelöst. Außenminister Markus Söder darf beim Staatsbesuch in der Türkei auf einem eigenen Stuhl sitzen und feiert sich als Vater des Europäischen Friedens. Zuzugsminister Bernd Höcke tauscht im Bundesamt für Migration alle „Asyl genehmigt“-Stempel gegen „Bitte begeben Sie sich in Ihr Heimatland zurück. Ziehen Sie dabei keine Asylleistungen ein“-Stempel aus. Die Aktienkurse von Security-Firmen und Herstellern von Sicherheitszäunen explodieren. Heimatminister Tino Chrupalla möchte Heinrich Heine zum Lyrik-Beauftragten der Bundesrepublik machen, wird jedoch von Jan Böhmermanns Nummer 1 Hit „Chrupalla Balla Balla“ abgelenkt und kümmert sich zunächst lieber um die Abschaffung der Rundfunkgebühren. Claudia Roth gibt empört ihr Parteibuch zurück und eröffnet eine Damenboutique für bunte Schals in Berlin-Kreuzberg.

Koalition V: SPD, Grüne, FDP

Der Stammkneipen-Sonderbeauftragte Wolfgang Kubicki startet ein Konjunkturpaket für Gastwirte: Wer seine Gaststätte in „Zum Spacken“ umbenennt, bekommt 1.000.000 Euro Sofortbonus. Kulturschaffende bekommen weiterhin nichts, profitieren aber auf ihren vielen Tourneereisen davon, dass Finanzminister

Lindner die Mehrwertsteuer für Beherbergung in Hotels auf 0% senkt. Blackrock-CEO Friedrich Merz kauft daraufhin die besten Hotelketten der Welt und die Steigenberger Hotelgruppe. Ein Investitions-Schub geht durch Deutschland. Als Lindner jedoch duldet, dass Karl Lauterbach Gesundheitsminister wird, bekommen beide Hausverbot beim Axel Springer Verlag. Nach einigen Monaten der Legislaturarbeit erinnert man sich in der Regierungskoalition, dass eigentlich Olaf Scholz Kanzler ist und sucht nach ihm. Man findet ihn auf einem Marktplatz in Gelsenkirchen, wo er Passanten erklärt, dass 10 Millionen Menschen von 12 Euro Mindestlohn profitieren werden. Digital-Ministerin Lilly Blaudszun fängt ihn ab und deaktiviert den versehentlich auf 26. September 2022 programmierten Scholz-o-Mat.

Sie sehen also: Fünf Varianten, fünf goldene Zukunftsszenarien für unser Land. Selbstverständlich bleibe ich quasi hautnah am Verhandlungsmarathin dran und werde über die Ergebnisse umgehend berichten. Hier bei ZASTER sitzen Sie quasi mit am Koalitionstisch.